Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

13.07.2018 - PM 49/2018 Kampf gegen Altersarmut

IG BAU: Rentenpolitik muss noch mutiger werden

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unterstützt das Ziel von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, die gesetzliche Rente armutsfest auszugestalten, fordert aber gleichzeitig ein noch entschiedeneres Vorgehen der Bundesregierung gegen einen drohenden sozialen Abstieg im Alter. "In einigen unserer Branchen sind immer mehr Beschäftigte von Altersarmut bedroht. Es zeichnet sich ab, dass ihre gesetzliche Rente nicht reichen wird, ihren Lebensstandard auch nur annähernd zu halten. Experimente zur Sicherung des Alterseinkommens wie die Riester-Rente sind gründlich gescheitert. Deshalb brauchen wir jetzt eine Politik, die entschieden das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisiert. Dazu ist das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Rentenpaket ein wichtiger Schritt", sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. "Um die drohende Altersarmut umfassend wirksam zu bekämpfen, reicht es aber noch nicht aus, das Rentenniveau auf 48 Prozent einzufrieren. Wir brauchen eine mutigere Rentenpolitik. Um Niedrigrenten vorzubeugen, muss das Rentenniveau zügig auf mindestens 50 Prozent steigen."

Die IG BAU schlägt vor, die Anhebung des Rentenniveaus über eine vorgezogene Beitragserhöhung zu finanzieren, die perspektivisch ohnehin notwendige wird. Gerade für jüngere Beschäftigte stehen dem dann höhere Rentenansprüche gegenüber. Derzeit zahlen Jüngere Beiträge, wissen aber nicht, ob sie im Alter überhaupt eine Rente bekommen, von der sie gut leben können.

Darüber hinaus fordert die IG BAU die weitergehende Fortentwicklung des gesetzlichen Rentensystems zu einer dauerhaft verlässlichen Säule gegen Altersarmut. Dafür muss das System zu einer breit aufgestellten Bürgerversicherung umgeformt werden, die alle Beschäftigten miteinbezieht.

